



Berlin, 16. Juni 2011

GdP zu neuem Nationalen Cyber-Abwehrzentrum:

Wichtiger, aber nur erster Schritt im Kampf gegen Attacken aus dem Netz

Berlin. Als wichtigen, aber nur ersten Schritt zur Bekämpfung sogenannter Cyber-Attacken auf Netzwerke, Server und Datenbanken bezeichnete der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, das heute in Bonn eröffnete „Nationale Cyber-Abwehrzentrum“. Witthaut: „Es ist zu begrüßen, dass die Regierung Experten an einer zentralen Stelle versammelt, die Angriffe aus dem Netz abwehren und Gegenstrategien zum sogenannten „Cyberwar“ entwickeln. Dennoch kann dies nur den Einstieg in die effektive Bekämpfung von Internetattacken bedeuten.“ Erfolgreiche Angriffe auf beispielsweise die heute nahezu ausschließlich von IT-Systemen gesteuerte Wasser- oder Stromversorgung könnten, so Witthaut, verheerende Folgen haben und zu chaotischen Zuständen führen. Angriffe aus dem Internet würden zudem von einer äußerst heterogenen Täterschaft begangen. Die IT-Experten des Cyber-Abwehrzentrums müssten eine Bandbreite vom „Dummen-Jungen-Streich“, Wirtschaftsspionage bis zur organisierten Schwermriminalität und dem Terrorismus abdecken. Der GdP-Vorsitzende: „In Zeiten, in denen man ohne Internetanschluss schon fast nicht mehr an einem Preisausschreiben teilnehmen kann, muss die Bekämpfung der Kriminalität aus dem Netz weit oben in der Prioritätenliste stehen.“ Eine Vermischung der Zuständigkeiten und Aufgaben der beteiligten Behörden wie Polizei, Militär und Nachrichtendiensten dürfe es dabei, so Witthaut weiter, aber nicht geben.“

Witthaut mahnte, die seit Jahren massiv zunehmende, alltägliche Computerkriminalität nicht zu vernachlässigen. Die Polizei müsse personell und technisch so ausgestattet sein, dass die Polizei Cyber-Verbrechern auf den Fersen bleiben könne. Der GdP-Vorsitzende: „Ohne massive Investitionen in Personal, Technik und Schulung wird sich die Netz-Kriminalität ungebremst ausweiten. Das Internet ist zwar ein virtueller Tatort, doch erleiden Opfer tatsächlichen Schaden.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190